

Studie zum Thema „Seilschaften“ (mit Dokumentation)

I. Im Vorfeld

1. Die SED als Kaderpartei

1.1. Kaderfragen sind Klassenfragen. Auswahlprozeß und Rolle der Nomenklaturkader in der DDR zur Durchsetzung des Machtanspruchs der SED

1.2. Aufgaben der Nomenklaturkader in der Wirtschaft der DDR

2. Politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft in der DDR durch das MfS

2.1. Zusammenwirken des MfS mit den Leitern von Staats- und Wirtschaftsorganen bei der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft

2.2. MfS-Dokumente, die den Bereich der Volkswirtschaft tangieren und das Zusammenwirken des MfS mit den Leitern von Staats- und Wirtschaftsorganen bei der „politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft“ betreffen

II. Seilschaften

3. Die Rolle der Nomenklaturkader („Nomenklatura“) während und unmittelbar nach der Wende

Anlagen

I. Im Vorfeld

1. Die SED als Kaderpartei

1.1. *Kaderfragen sind Klassenfragen. Auswahlprozeß und Rolle der Nomenklaturkader in der DDR zur Durchsetzung des Machtanspruchs*

Artikel 1 der DDR-Verfassung lautete:

„Die DDR ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“

Damit beanspruchte die SED alle Macht in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie verstand sich als „revolutionäre Elite“. Diesem Konzept folgend war die SED eine Kaderpartei. Kaderfragen waren Chefsache der Parteiführung in

engstem Zusammenwirken mit dem Ministerium für Staatssicherheit zur Klärung der Frage „wer ist wer?“. Die jeweiligen „politischen Lagebedingungen“ bestimmten die kaderpolitischen Richtlinien.

Mit Hilfe der Kaderpolitik wurde der totalitäre Machtanspruch der SED durchgesetzt und die Macht flächendeckend ausgeübt. Sie war ein einheitliches und allseitig abgestimmtes System zur „Arbeit mit den Menschen“. Die Zielstellung, den Führungsanspruch der SED allerorten und mit allen Mitteln durchzusetzen und die Bürger im Sinne der Partei ideologisch zu disziplinieren, wurde mittels Personalunion von Partei- und Leitungsfunktionen in allen Bereichen sowie durch Parteibeschlüsse, dienstliche Bestimmungen und Weisungen zur Kaderarbeit von den Kaderleitungen umgesetzt.

Die Kaderpolitik war eindeutig politisch-ideologisch determiniert und verfolgte folgende Ziele:

- die „Führungsrolle der Arbeiterklasse“ ständig zu verwirklichen,
- eine stabile Besetzung von Führungs- und Leitungsfunktionen zu gewährleisten,
- eine hohe Qualität und Effektivität in der Führungs- und Leitungstätigkeit zu sichern,
- eine straffe zentrale Führung bei der Besetzung von Führungs- und Leitungsfunktionen durchzusetzen.

Auswahl, Überprüfung, Aus- bzw. Weiterbildung, Erziehung, Erprobung und Einsatz der Kader erfolgten dabei planmäßig und zielorientiert.

In der Anordnung des Ministerrates der DDR vom 10.11.1976 „über die Sicherheit und Geheimhaltung bei der Erfüllung der Aufgaben der Volkswirtschaft zur ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung im Frieden“ werden die Einstellungs- und Kaderbestimmungen mit Akribie aufgelistet [01]. Aus diesem Grunde entstand nach sowjetischem Vorbild mit den Kadernomenklaturen ein hierarchisch gegliedertes System, das alle wichtigen Führungs- und Leitungsfunktionen im Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparat sowie in gesellschaftlichen Bereichen erfaßte und die Besetzung dieser Positionen der Kompetenz des zentralen Parteiapparates unterstellte. Die Kadernomenklatur war auf Parteiebene wie folgt gegliedert:

- Kadernomenklatur des Zentralkomitee der SED,
- Kadernomenklaturen der Bezirksleitungen der SED,
- Kadernomenklaturen der Kreisleitungen der SED.

Die Anlage [02] gibt stark vereinfacht einen Überblick über die Nomenklaturstufen sowie die dazugehörigen Funktionen. Um einen Einblick zu diesem Komplex zu erhalten, sind stellvertretend zwei Dokumente als Anlagen beigefügt:

- „Kadernomenklatur der Kreisleitung Greifswald der SED“ vom 14.7.1989 [03]
- „Ordnung zur Arbeit mit der Kadernomenklatur Greifswald der SED“ vom 4.8.1989. [04]

In die Kadernomenklaturen wurden als Nomenklaturkader nur solche Funktionäre aufgenommen, denen nach erfolgter Sicherheitsüberprüfung durch das MfS folgende Mindestanforderungen attestiert werden konnten:

- der Partei der Arbeiterklasse und ihrer Führung treu ergeben,
- in der politisch-operativen Arbeit erfahren und gut ausgebildet,
- in der Führungs- und Leitungstätigkeit einschließlich in Parteifunktionen bewährt,
- charakterlich und moralisch vorbildlich,
- erprobt hinsichtlich der Unantastbarkeit gegenüber dem Feind und mit einem aktuellen Feindbild ausgestattet.

Die Aufnahme in die Kadernomenklatur war Voraussetzung und Beginn einer Karriere sowie für den danach einsetzenden Automatismus des Aufstiegs innerhalb der Hierarchie der Kadernomenklatur.

Im Ergebnis der praktizierten Kaderpolitik und des Selektionsprozesses der Nomenklaturkader bildete sich im Laufe der Jahre eine handverlesene Funktionärsoligarchie heraus, die Karriere und Privilegien vorrangig ihrem Wohlverhalten gegenüber der Partei und deren Führung verdankte, angepaßt und willfährig, die alle wichtigen Positionen unter sich und ihren Familien aufteilte. Da der Machterhalt im Vordergrund stand, war Fachkompetenz von sekundärer Bedeutung.

So beklagt sich selbst Mielke in einer Rede vor dem erweiterten Kollegium der MfS am 4.3.1983, daß „diejenigen Kader, die Verantwortung zu tragen haben, diese nicht genügend wahrnehmen“, und polemisiert: „Wir brauchen Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, die nicht nur über die Kompliziertheit der Lage sprechen können und ständig Informationen an die übergeordneten Leitungen/Organe schreiben, sondern Kader, die nach schöpferischen Lösungen suchen und eigene Entscheidungen zur Bewältigung der von Partei und Regierung gestellten Aufgaben treffen. Ein Grundsatz, der für alle Gebiete gilt.“ (GVS MfS o008–3/83, S. 89)

Durch das Zusammenwirken von Überwachungs- und Repressionsapparat, die Personalunion in den Partei- und Leitungsfunktionen sowie das Disziplinierungsinstrument Kaderpolitik konnte die Macht gesichert und flächendeckend ausgeübt werden.

Das im Laufe der Jahre entstandene Beziehungsgeflecht innerhalb der „Nomenklatura“ bewies bereits unter DDR-Bedingungen seine Tragfähigkeit. In den Tagen des Zusammenbruchs der DDR jedoch bestand es seine Bewäh-

rungsprobe. Und es bewährt sich auch in der Gegenwart hervorragend, war es doch neben der Möglichkeit des Zugriffs auf das sogenannte „Volkseigentum“ einer der wichtigsten Grundsteine für das Überleben der „Nomenklatura“ und deren gelungenen Start in die Marktwirtschaft.

Nach dem Scheitern der Ideologie des „Sozialismus im Weltmaßstab“ im allgemeinen und des „real-existierenden Sozialismus in den Farben der DDR“ im besonderen sowie dem Zusammenbruch der darauf basierenden Gesellschaftssysteme verlagert und reduziert sich das Feld des „Klassenkampfes“ auf die wirtschaftliche Ebene.

Dabei konzentriert sich der Kampf auf die Besetzung von Schlüsselpositionen in der Wirtschaft, wie z. B. in der Treuhandanstalt bzw. in den Kapitalgesellschaften als Geschäftsführer und nicht zuletzt auf die Umwidmung entsprechend großer Anteile des ehemaligen „Volkseigentums“ in Funktions- bzw. Privateigentum.

1.2. Aufgaben der Nomenklaturkader in der Wirtschaft der DDR

Wesentlicher Bestandteil des Machtapparates war die zentralistisch organisierte Volkswirtschaft, die eine adäquate Organisations- und Leitungsstruktur voraussetzte. [05]

Dem totalen Machtanspruch der SED folgend ist es eine logische Konsequenz, daß insbesondere die Leitungspositionen in der Wirtschaft – nach SED-Verständnis „die materielle Basis des Sozialismus“ – mit besonders zuverlässigen Nomenklaturkadern besetzt wurden, die der „Partei der Arbeiterklasse und der Regierung der DDR“ voll verantwortlich waren.

Der von der Partei propagierte Kurs der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sollte mittels der „ökonomischen Strategie der SED“ umgesetzt werden, einem Konzept, das nach Ansicht der SED in „zusammengefaßter Form alle grundlegenden Aufgaben zur Sicherung des Friedens, zur Stärkung des Sozialismus sowie zur Fortsetzung der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ umfaßte. Die volkseigenen Betriebe und später die Kombinate nahmen dabei eine zentrale Stellung ein und wurden als Zentren der Arbeiterklasse mit entscheidendem Einfluß auf die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung verstanden. Das erforderte von den eingesetzten Leitungskadern einen „klaren Klassenstandpunkt“ und ständig eine „hohe politische Wachsamkeit“ gegenüber dem „Klassenfeind“.

Für den Bereich der volkseigenen Wirtschaft regelte die „Verordnung über die volkseigenen Kombinate, Kombinatbetriebe und volkseigenen Betriebe“ vom 8.11.1979 Verantwortung und Aufgaben der Generaldirektoren, der „Beauftragten der Arbeiter-und-Bauern-Macht“:

„Der Generaldirektor trägt gegenüber der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung der DDR die volle persönliche Verantwortung für die Entwick-

lung des Kombinats, für die Verwirklichung der in den Beschlüssen des Zentralkomitees und in den staatlichen Plänen sowie in Rechtsvorschriften festgelegten Aufgaben des Kombinats“ (§ 5,2) und „...wirkt eng mit den Betriebsparteiorganisationen ... zusammen.“ (§ 24,2) [06]

Sie hatten den Auftrag, die Beschlüsse von Partei und Regierung in ihrem Verantwortungsbereich „kompromißlos“ umzusetzen. Klassenbewußt erfüllten sie diesen Auftrag in der Regel auch.

Neben der Einbindung in die Nomenklatur, die Loyalität gegenüber dem Staat voraussetzte, der Mitgliedschaft in der SED, die eine absolute Unterwerfung unter die Parteidisziplin verlangte, und der Verpflichtung zur offiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS ist es erstaunlich, wie weit darüber hinaus diese Nomenklaturkader auch noch in das politisch-operative (konspirative) System des MfS einbezogen wurden. Mit der Verpflichtung zur inoffiziellen Mitarbeit und zur Konspiration gab man seine Persönlichkeit auf und lieferte sich und seine Familie völlig dem MfS aus.

Die MfS-Einschätzung eines Nomenklaturkaders, der als IMS arbeitete, dokumentiert dies [07].

Dokumente der Juristischen Hochschule Potsdam (der Hochschule des MfS) belegen die enge Zusammenarbeit. Stellvertretend sei hier ein Forschungsthema aus dem Jahre 1975 genannt:

„Das Zusammenwirken des MfS mit den Leitern von Staats- und Wirtschaftsorganen bei der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft.“

Auch eine Analyse der Funktionen der IM anhand der in Halle bekannt gewordenen IM-Liste bestätigt diese Feststellung.

2. *Politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft in der DDR durch das MfS*

2.1. *Zusammenwirken des MfS mit den Leitern von Staats- und Wirtschaftsorganen bei der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft*

Die Volkswirtschaft der DDR als „materielle Basis des Sozialismus“ war nach Partei- und MfS-Verständnis ein sensibler und damit sicherheitspolitisch relevanter Schwerpunktbereich, der ständig vor den „aggressiven Plänen, Absichten und Maßnahmen“ eines latent angenommenen Gegners, des „Klassenfeindes“, geschützt werden mußte. Diese Aufgabe oblag dem MfS als „Schwert und Schild der Partei“ und erfolgte nach dem Grundprinzip der politisch-operativen Arbeit des MfS konspirativ.

„Politisch-operative Konspiration“ wird im „Wörterbuch der Staatssicherheit“ wie folgt definiert:

„Grundprinzip der politisch-operativen Arbeit, das die Überlegenheit gegenüber dem subversiven feindlichen Vorgehen und die sicherheitspolitische Wirksamkeit der Tätigkeit des MfS mit gewährleistet. Die Konspiration ist gekennzeichnet durch

- den Einsatz geheimer, dem Feind und der Öffentlichkeit gegenüber verborgener Kräfte, Mittel und Methoden,
- die Tarnung der politisch-operativen Pläne, Absichten und Maßnahmen,
- aktives und offensives Handeln zur Überraschung, Täuschung, Ablenkung, Desinformation des Feindes.

Die Konspiration begründet sich auf die revolutionären Kampferfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung in der Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Macht- und Unterdrückungsapparat. Sie ist immer eingeordnet in den Kampf um die Macht oder zur Sicherung der politischen Macht der Arbeiterklasse und niemals unabhängig von dieser politischen Zielfunktion zu beurteilen oder zu nutzen. Die Konspiration in der politisch-operativen Arbeit dient insbesondere

- der Gewinnung und Nutzung von operativ bedeutsamen Informationen und Beweisen,
- der aktiven Realisierung sicherheitspolitisch notwendiger gesellschaftlicher Veränderungen,
- der Sicherheit und Arbeitsfähigkeit der IM sowie anderer operativer Kräfte und Einrichtungen,
- der Vorbereitung und Durchführung operativer Prozesse zur Aufdeckung, Zurückdrängung und Liquidierung des Feindes,
- der Anwendung des gesamten taktischen und technischen tschekistischen Instrumentariums.

.....

Bei der Durchsetzung der Konspiration als einer wesentlichen Seite der politisch-operativen Leitungstätigkeit und tschekistischen Erziehung ist sowohl die einstellungsabhängige Bereitschaft zum konspirativen Handeln als auch die Fähigkeit dazu zu beurteilen und zu entwickeln.“ (siehe auch Anlage [11])

Die Einbindung der Aufgaben zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft in den Aufgabenbereich und die Struktur des MfS sowie die Vielzahl von Dienstanweisungen des MfS mit ihren Durchführungsbestimmungen, Weisungen, Befehle, Lehrmaterialien und Forschungsarbeiten der Juristischen Hochschule Potsdam belegen den Schwerpunktcharakter eindeutig.

Als zentrale und wichtigste MfS-Dienstanweisung erscheint uns in diesem Zusammenhang die Dienstanweisung Nr. 1/82 „zur politisch-operativen Si-

cherung der Volkswirtschaft der DDR“ vom 30.3.1982 mit ihren darauf aufbauenden Durchführungsbestimmungen. (Übersicht dazu siehe Anlage [08])

Der Aufgabenbereich der Hauptabteilung XVIII, die im MfS für die politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft zuständig war (Struktur siehe Anlage [09]), wurde wie folgt definiert:

- „– Sicherung der zentralen volkswirtschaftlichen Objekte und Einrichtungen entsprechend der Struktur der Industriezweige der DDR einschließlich der Leitungs- und Planungsorgane des Staatsapparates, insbesondere der Industrie-, Landwirtschafts-, Finanz- und Handelsministerien (ohne den Bereich Kommerzielle Koordinierung/KoKo), sowie der Einrichtungen der naturwissenschaftlichen Forschung und technischen Entwicklung (einschließlich Akademie der Wissenschaften der DDR, Bauakademie der DDR, Kammer der Technik u. ä.)
- Wirtschaftsspionageabwehr, Gewährleistung eines umfassenden Geheim-schutzes sowie Schutz spionagegefährdeter Personen und Sachen
- Aufklärung und Bestätigung von Nomenklaturkadern, Auslands- und Reisekadern, Führung von Personendossiers
- Sicherung der Außenwirtschaftsbeziehungen, insbesondere mit dem nicht-sozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW), sowie Maßnahmen zum Unter-laufen der Embargobestimmungen
- Verhinderung bzw. Aufklärung von Bränden, Havarien und Störungen zur Aufdeckung etwaiger 'Feindeinwirkung'
- Aufdecken von Fällen schwerer Wirtschaftskriminalität
- Sicherung des FDGB
- Informationstätigkeit zu volkswirtschaftlichen Prozessen.“ [9]

Die Zusammenarbeit erfolgte auf zwei Kanälen:

1. auf offizieller Basis in Form der Zusammenarbeit entsprechend der Funktion des „Partners“
- und darüber hinaus – ebenso wie in allen anderen Bereichen der Gesellschaft –
2. auf inoffizieller Basis, das heißt streng konspirativ mit Hilfe des IM/GMS-Netzes.

Von besonderer Bedeutung für die politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft waren die zentralgeleiteten Kombinate als die grundlegenden wirtschaftlichen Struktureinheiten. Der „Schutz der Volkswirtschaft“ erforderte deshalb eine „allseitige und qualifizierte politisch-operative Arbeit“ aller Dienststeinheiten des MfS mit dem Ziel

- „der Vorbeugung, der rechtzeitigen Aufdeckung, Bekämpfung und Verhin-derung aller subversiven Angriffe,

- der vorbeugenden Verhinderung von Störungen und Schäden im Reproduktionsprozeß sowie
- Unterstützung der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe zur Gewährleistung einer hohen inneren Stabilität in allen volkswirtschaftlichen Bereichen, Zweigen, Wirtschaftseinheiten und -prozessen.“

Die aus dem Jahre 1975 stammende Forschungsarbeit an der MfS-Hochschule über „Das Zusammenwirken des MfS mit den Leitern von Staats- und Wirtschaftsorganen bei der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft“ stellt einleitend fest,

daß „das Zusammenwirken ... ein Bestandteil der politisch-operativen Arbeit ist. Verbunden mit dem Einsatz bzw. der Anwendung der inoffiziellen Kräfte, Mittel und Methoden, das heißt der entscheidenden und charakteristischen Elemente der politisch-operativen Arbeit, kann das Zusammenwirken jedoch deren Wirkungsgrad wesentlich unterstützen. Indem es den staatlichen Leitern mit Unterstützung des MfS besser gelingt, ihre sicherheitspolitischen Aufgaben zu erfüllen, um so günstiger gestalten sich hierdurch zugleich die Voraussetzungen für das MfS, feindliche Angriffe frühzeitig zu erkennen und diese mit hoher schadensverhütender Wirkung zu bekämpfen.“ Weiter wird ausgeführt, daß dabei stets „von der Position auszugehen ist, daß der jeweilige Leiter des Staats- oder Wirtschaftsorgans das Vertrauen der Partei besitzt, sich in seiner bisherigen Arbeit bewährt hat und deshalb als Beauftragter der Arbeiterklasse eine entsprechende Verantwortung als Leiter übertragen bekam.“ Trotzdem seien Informationen über die Persönlichkeit der Hauptpartner grundsätzlich auf „inoffiziellen Wege und unter Nutzung aller sich hierfür anbietenden operativen Kräfte und Methoden“ zu beschaffen.

„Alle operativen Möglichkeiten, insbesondere alle Kategorien von IM, die GMS, Sicherheitsbeauftragten, die Kenntnisse der Leiter und operativen Mitarbeiter anderer Dienstseinheiten über diese Person sowie die Speicher des MfS und die ihm zugänglichen Speicher anderer Institutionen, besonders die der DVP, sind hier zu erschließen und nutzbar.“

Im Klartext hieß dies, daß alle Anstrengungen der inoffiziellen Kräfte, alle Mittel und Methoden unter Nutzung der offiziellen Möglichkeiten auf die Klärung der Frage „wer ist wer?“ auszurichten waren. Das bedeutete folgerichtig, daß die „Arbeit mit den IM und GMS qualifiziert“ und „die inoffizielle Basis zur operativen Bearbeitung bzw. Kontrolle der operativ bedeutsamen Personen in diesem Bereich qualitativ“ ständig erweitert werden mußte. Daraus resultierte, daß die Anzahl der Mitarbeiter des MfS sich ständig erhöhte. Die Anlage [10] zeigt eine Übersicht über den Personalbestand der MfS-Zentrale, gegliedert nach Strukturbereichen zum Zeitpunkt ihrer Auflösung im Jahre 1989.

Interessant sind die Themenkomplexe, die im Rahmen der oben genannten Forschungsarbeit untersucht wurden:

- „Welche konkreten Zielsetzungen sind im Zusammenwirken des MfS mit anderen Staats- und Wirtschaftsorganen zur Erreichung einer höheren Effektivität der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft zu realisieren?
- Welche konkreten Anforderungen sind an die jeweiligen Partner hinsichtlich der Wahrnehmung ihrer spezifischen Verantwortung und der Gewährleistung von Konspiration und Geheimhaltung zu stellen?
- Welche konkreten Anforderungen sind an die jeweiligen Partner hinsichtlich der Wahrnehmung ihrer spezifischen Verantwortung und der Gewährleistung von Konspiration und Geheimhaltung zu stellen?
- Wie ist ein gutes Vertrauensverhältnis der Partner des Zusammenwirkens herzustellen und zu entwickeln?
- Inwieweit sind Planmäßigkeit und Kontinuität im Zusammenwirken durchzusetzen?
- Welche Methoden ermöglichen die rationellste und zielgerichtete Gestaltung des Zusammenwirkens?
- Auf welche Hauptrichtungen ist das Zusammenwirken vorwiegend zu konzentrieren?
- Wie ist die Zusammenarbeit zwischen den operativen Dienstseinheiten bei der Organisation des Zusammenwirkens mit Staats- und Wirtschaftsorganen außerhalb des Verantwortungsbereiches der jeweiligen Dienstseinheit zu gestalten?“

2.2. *MfS-Dokumente, die den Bereich der Volkswirtschaft tangieren und das Zusammenwirken des MfS mit den Leitern von Staats- und Wirtschaftsorganen bei der „politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft“ betreffen*

Eine Vielzahl von Dienstanweisungen des MfS mit ihren Durchführungsbestimmungen, Weisungen und Befehle, Lehrmaterialien und Forschungsarbeiten der Juristischen Hochschule Potsdam belegen den Schwerpunktcharakter der Volkswirtschaft für die Tätigkeit des MfS eindeutig.

Als zentrale und wichtigste Dienstanweisungen erscheinen in diesem Zusammenhang:

Dienstanweisung des MfS Nr. 1/82

„Zur politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft der DDR“ vom 30.3.1982 (VVS MfS o008–19/82)

1. Durchführungsbestimmung zur DA Nr. 1/82

„Die Aufgaben der kombinarsverantwortlichen und der kombinarsbetriebsverantwortlichen Leiter und operativen Mitarbeiter bei der einheitlichen und straffen politisch-operativen Sicherung zentralgeleiteter Kombinate“ vom 8.7.1983 (VVS MfS o008–5/83)

2. Durchführungsbestimmung zur DA Nr. 1/82

„Arbeit mit den Sicherheitsbeauftragten“

vom 3.1.1983 (VVS MfS o008–6/83)

sowie

1. Änderung zur 2. Durchführungsbestimmung zur DA Nr. 1/82 vom 22.12.1986 (VVS MfS o008–76/86)

4. Durchführungsbestimmung zur DA Nr. 1/82

„Qualifizierung der vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung von Bränden, Havarien und anderen Störungen in der Volkswirtschaft der DDR“

vom 3.1.1983 (VVS MfS o008–8/83)

5. Durchführungsbestimmung zur DA Nr. 1/82

„Politisch-operative Sicherung in der Volkswirtschaft der DDR eingesetzter ausländischer Werktätiger“

vom 3.1.1983 (VVS MfS o008–9/83)

6. Durchführungsbestimmung zur DA Nr. 1/82

„Politisch-operative Sicherung der Auswertung und Nutzung politisch-operativ beschaffter wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse in der Volkswirtschaft der DDR“

vom 3.1.1983 (VVS MfS o008–10/83)

Darüber hinaus sind von Bedeutung:

Ordnung Nr. 6/86

„über die Arbeit mit Offizieren im besonderen Einsatz des Ministeriums für Staatssicherheit – OibE-Ordnung“

vom 17.3.1986 (GVS MfS o008–09/86)

1. Durchführungsbestimmung zur Ordnung Nr. 6/86

„über die Arbeit mit Offizieren im besonderen Einsatz des Ministeriums für Staatssicherheit – OibE-Ordnung“

vom 17.3.1986 (GVS MfS o008–10/86)

2. Durchführungsbestimmung zur Ordnung Nr. 6/86

„über die Arbeit mit Offizieren im besonderen Einsatz des Ministeriums für Staatssicherheit – OibE-Ordnung“

vom 17.3.1986 (GVS MfS o008–11/86)

Ordnung Nr. 10/86

„über den Einsatz von U-Mitarbeitern im Ministerium für Staatssicherheit – U-Mitarbeiter-Ordnung –“

vom 22.4.1986 (GVS MfS o008–32/86)

II. *Seilschaften*

Die SED realisierte ihren Führungsanspruch, indem sie alle wichtigen Positionen mit Kadern besetzte, die Gewähr für den Machterhalt boten. Im Ergebnis des Machtanspruchs der SED und ihrer Kaderpolitik saß in allen Bereichen der Gesellschaft, im Staats-, Partei- und Wirtschaftsapparat und deren Gliederungen und auf allen Ebenen in der Leitungshierarchie der gleiche und jederzeit austauschbare Einheitstyp „Funktionär“, der wie folgt charakterisiert werden kann:

- handverlesen,
- ständig mit einem aktuellen Feindbild versehen,
- stromlinienförmig,
- sicherheitsüberprüft einschließlich seiner „Familiensippe“,
- treu der Partei und der Arbeiterklasse ergeben.

Dieser Funktionärsfilz, insbesondere derjenige innerhalb der einzelnen Säulen des Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparates, kannte sich aus der gemeinsamen Arbeit und darüber hinaus mehr oder weniger vom Besuch von Parteischulen, Parteitagen, ZK-Seminaren, Parteilehrjahren oder ähnlichen Parteiveranstaltungen. Dieses Beziehungsgeflecht der Nomenklaturkader, deren Schulterschluß mit konspirativen Strukturen sowie der gemeinsame Wille, den Start und das Überleben in der Marktwirtschaft zu sichern, ist die Basis für die nach der Wende in allen Bereichen entstandenen und wirksamwerdenden „Seilschaften“ sogenannter „Roter Socken“.

3. *Die Rolle der Nomenklaturkader („Nomenklatura“) während und unmittelbar nach der Wende*

Während an den Runden Tischen um die Demokratisierung des Lebens in der DDR gerungen wurde, die SED in den Betrieben schrittweise und offiziell ihre Machtpositionen räumte, wurde in den Apparaten fieberhaft und inoffiziell an Überlebenskonzepten für die Nomenklaturkader („Nomenklatura“) gearbeitet, wurden Struktur- und Kaderkonzepte entworfen und somit alle erdenklichen Vorkehrungen zur Sicherstellung von materiellen und finanziellen Vermögensgegenständen getroffen. Galt es doch, den „veränderten Lagebedingungen“ Rechnung zu tragen.

Nach der Streichung des Führungsanspruches der SED aus der Verfassung der